

**Annoncen-Bureau:**  
In Posen  
außer in der Expedition  
bei Kruppi (H. J. Meier & Co.)  
Breitstraße 11;  
in Gnesen  
bei Herrn Th. Spindler,  
Markt- u. Friedrichstr. Ecke 4;  
in Grah bei Herrn F. Streiland;  
in Frankfurt a. M.:  
G. L. Dörbe & Co.

# Posener Zeitung.

Sechshundsechzigster

Jahrgang.

**Annoncen-Bureau:**  
in Berlin, Hamburg,  
Bonn, Köln, Frankfurt a. M.,  
Hannover, Leipzig, Magdeburg,  
München, Nürnberg, Regensburg,  
Stettin, Trier, Ulm, Wiesbaden,  
Zürich.  
Hanssen & Pögl,  
in Berlin.  
A. Helmreich, Leipzig.  
in Breslau: Emil Kahl.

Nr. 49.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der  
Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt viertel-  
jährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz  
Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. — Bestellungen  
nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an

Donnerstag, 30. Januar

(Erscheint täglich zwei Mal.)

Inserate 3 Sgr. die sechsgehaltene Zeile oder  
deren Raum, dreigehaltene Zeilen 5 Sgr. sind  
an die Expedition zu richten u. d. werden für die an  
demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10  
Uhr Vormittags angenommen.

1873.

## Amisches.

**Berlin, 29. Januar.** Der Kaiser hat den bisherigen Gesandten am k. württemb. Hofe, Freiherrn v. Rosenburg zum außerord. Gesandten und bevollmächtigten Minister bei den großherz. mecklenburg. Höfen und bei den freien und Hansestädten Lübeck, Bremen und Hamburg ernannt; dem im Auswärtigen Amte angestellten Kanzlei-Rath Reif den Charakter als Geh. Hofrath, dem Legationssekretär bei der Botschaft in Petersburg, Geh. exped. Sekretär Schroeder, dem im Auswärtigen Amte angestellten Geh. exped. Sekretär Breuer und dem Sekretär bei dem General-Konsulate in Warschau, Geh. exped. Sekretär Deyling, den Charakter als Hofrath verliehen; im Namen des Deutschen Reiches den Kaufmann Hagmann in Sao Paulo (Brasilien) zum Konsul des Deutschen Reiches ernannt; dem Kreisgerichts-Sekretär Schmutter in Leobisch bei seiner Versetzung in den Ruhestand den Charakter als Kanzlei-Rath verliehen.

Der bisherige Ober-Post-Sekretär Karl Wilhelm Burdard ist zum Geh. revid. Kalkulator bei dem Rechnungshofe des Deutschen Reiches, die Advokaten Schmitz (Branghe) und Vießem in Köln zu Anwälten bei dem I. Landgericht daselbst ernannt worden.

## Telegraphische Nachrichten.

**Kösten, 29. Januar.** Gestern Abend hat eine aus Posen und Deutschen bestehende Volksversammlung beschlossen, die von ihr am 16. d. M. berechnete Petition mit Umgehung des Abgeordneten für den Kreis Kösten, Herrn v. Głapowski, an den Abgeordneten Hrn. Pöster zu senden und wurde dieser Beschluß heute früh um 10 Uhr ausgeführt. (Privatdep. d. Pos. Ztg.)

**Berlin, 29. Januar.** Die jüngsten Erklärungen Bismarck's im Abgeordnetenhaus werden der „Provinzial-Correspondenz“ zufolge der Ausgangspunkt neuer Erwägungen und Gesanktionen innerhalb der Reichsverwaltung bilden, insofern werde der Wechsel im preussischen Ministerpräsidium voransichtlich eine bedeutende Nachwirkung in der Entwicklung der Reichsangelegenheiten haben.

**Dresden, 29. Januar.** Ein offizieller Artikel des heutigen „Dresdner Journ.“ führt aus, daß das Schulgesetz in Gemäßheit der Bestimmungen der Verfassung publiziert werden müsse. Denn nach dem Inhalt der Verfassungsurkunde sei zur Verwerfung einer Gesetzesvorlage eine Majorität von zwei Drittel der Stimmen einer Kammer erforderlich; gegen das Schulgesetz aber habe die zweite Kammer nicht mit einer Majorität von zwei Drittel, sondern, wenigstens in den Hauptpunkten der Vorlage, nur mit einer Mehrheit von 4 Stimmen ihr Votum abgegeben. Das Schulgesetz sei also nicht verworfen, sondern angenommen und die Staatsregierung nicht nur berechtigt, sondern auch verfassungsmäßig verpflichtet, dasselbe zu publizieren. Wenn dagegen ein Theil der Presse als angeblich konstitutionellen Brauch die Auflösung der Kammer verlange, so sei dem entgegenzustellen, daß die Verfassung nicht durch Gebrauche modifiziert werden könne, sondern vielmehr die konstitutionellen Gebrauche sich nach der Verfassung richten müßten. Bei dem Schulgesetz handle es sich übrigens in der Hauptsache um Erhaltung bewährter Zustände, nicht um Einführung neuer Prinzipien. Die einzige wesentliche Differenz sei die von der zweiten Kammer verlangte konfessionell indifferente Gemeindefschule, fast alle andern Abweichungen seien nur Konsequenzen dieser Hauptdifferenz; aber gerade in diesem Hauptpunkte werde durch die Gesetzesvorlage Nichts geändert, der bisherige Zustand vielmehr aufrecht erhalten.

**Koburg, 29. Jan.** Die „Koburger Ztg.“ bezeichnet in einer anscheinend offiziellen Mittheilung die Nachricht von der beabsichtigten Vermählung des Herzogs von Edinburgh als unbegründet.

**München, 29. Jan.** Der Gouverneur der Festung Ingolstadt, Generalleutnant Gueh, und der Kommandant derselben, Generalmajor Thierack, sind mittelst kgl. Reskripts mit Pension zur Disposition gestellt und der Gouverneur von Germersheim, Generalleutnant Butz zum Gouverneur, Oberst Heberling, Kommandant des Kadetten-Corps, im Kommandanten von Ingolstadt ernannt worden. Der seit herige Kommandant der Festung Ulm, Generalmajor Dietl, hat unter Beförderung zum Generalleutnant den Posten des Gouverneurs von Germersheim erhalten.

**Wien, 29. Jan.** Die vermittelte Kaiserin! Karolina Augusta, geb. Prinzessin von Baiern, ist seit mehreren Tagen an einem gastrisch-bilösen Fieber erkrankt, welches bis jetzt einen mäßig intensiven Verlauf genommen hat. — Die Zeitung des Departements der auswärtigen Handelsangelegenheiten im Handelsministerium wurde dem Ministerial-Sekretär Dr. Woerz übertragen.

**Prag, 29. Jan.** Das prager Juristenprofessoren-Kollegium schlägt zur Befetzung des durch den Abgang Schulte's erledigten Lehrstuhles Berchtold in München und Franklin in Greifswalde vor. (Privatdep. d. Pos. Ztg.)

**Bern, 29. Jan.** Der Bundesrath hat die auf die Ligne d'Italie bezügliche Note der französischen Regierung dahin beantwortet, daß durch die getroffenen Maßregeln sämtliche in Frage kommende Interessen festumständlich geschützt seien: die betreffenden Bundesbeschlüsse müßten jedoch unter jeder Bedingung ausgeführt werden. Auf die italienische Note erwiderte der Bundesrath, daß gedachte Bundesbeschlüsse, die von der Gesellschaft der Ligne d'Italie gegenüber der ital. Regierung eingegangenen Verpflichtungen selbstverständlich unberührt liegen. — In der gestern zur Berathung der gegen den Bischof Vachet zu ergreifenden Maßregeln in Solothurn zusammengetretenen Diözesankonferenz des Bisthums Basel ist es zwar noch zu keiner definitiven Beschlusfassung gekommen, jedoch ein vollständiges Einvernehmen unter den Ständen von Bern, Aargau, Solothurn, Thurgau und Baselstadt über die zu treffenden Maßnahmen erzielt. Es handelt sich jetzt nur noch um die definitive Redaktion, der im Sinne der bereits bekannten Anträge zu fassenden Beschlüsse.

**Paris, 29. Januar.** Das der Regierung nahestehende „Eve-

ment“ meldet aus bester Quelle, Thiers werde zur Ausstellung nach Wien reisen und dort im französischen Gesandtschaftshotel absteigen. Gleichzeitig werden alsdann über die Bezahlung der 5. Milliarde Beratungen mit Bismarck daselbst stattfinden. (Privatdep. d. Pos. Ztg.)

**Versailles, 28. Januar.** Die von einigen Journalen gebrachte Nachricht, daß der Präsident Thiers sich zum Besuch der Weltausstellung nach Wien begeben wird, wird von der „Agence Havas“ als unbegründet bezeichnet: Es sei darüber überhaupt noch keine Bestimmung getroffen. Thiers könne, wie die „Agence Havas“ hinzufügt, nur als Repräsentant Frankreichs nach Wien gehen, wenn dort ein Kongreß der Souveräne stattfinden sollte.

**Madrid, 28. Januar.** Heute ist dem Kongreß der Bericht der Kommission mitgetheilt worden, in welchem letztere ihre Uebereinstimmung mit der Regierung in Bezug auf die sofortige Aufhebung der Sklaverei in Portoriko kundgibt. Die von den Gegnern dieser Maßregel verbreiteten Gerüchte über eine dadurch hervorgerufene Ministerkrise sind völlig unbegründet.

**Rom, 28. Januar.** In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer erwiderte der Ministerpräsident Ranza auf eine Anfrage des Deputirten Lazzaroli, die Beschlüsse administrativer Körperschaften über Eröffnung von Subskriptionen zum Zwecke der Errichtung eines Napoleondenkmal's hätten keinen politischen, sondern lediglich einen moralischen Hintergrund; nicht den politischen Akten des verstorbenen Kaisers solle damit Beifall ausgesprochen oder auch nur die Zustimmung erteilt werden, es gelte vielmehr, seiner hochherzigen Führung der italienischen Armee zur Erlangung der Unabhängigkeit Italiens den Tribut der Dankbarkeit darzubringen, und bei einer derartigen Rundgebung werde Italien, wie er überzeugt sei, fast einmütig zustimmen. — Ein königliches Dekret verfügt die theilweise oder vollständige Expropriation von 16 hiesigen Klöstern zum Nutzen des gemeinen Wohls; die dafür auszuwerfende Expropriationssumme soll in das große Schulbuch des Staates eingetragen werden. — Zu dem heutigen Diner bei den kaiserlichen Herrschaften auf dem Quirinale sind Prinz Arthur von England und das diplomatische Corps eingeladen.

**London, 29. Januar.** Prinz Napoleon weist in einer an die Zeitungen gerichteten Zuschrift jede Verantwortlichkeit für die ihm neulich von Zeitungen und Korrespondenten zugeschriebenen politischen Auslassungen und Erklärungen ausdrücklich zurück. — Der Cityartikel der „Times“ enthält eine Mittheilung aus Konstantinopel, welcher zufolge die türkische Regierung ein neues Anlehen von 1½ Millionen Pfund Sterl. aufzunehmen beabsichtigt. — Der Kanzler der Schatzkammer, Sir R. Lowe, hat der Deputation eines Arbeiterkomites gegenüber sich wiederholt gegen eine Herabsetzung oder Aufhebung der Maßsteuer ausgesprochen.

**Petersburg, 29. Januar.** Zur Geburtstagsfeier des Kaisers Alexander (29/17. April) werden in diesem Jahre ganz besondere, auch militärische Vorbereitungen getroffen, da wegen der Anwesenheit des Kaisers Wilhelm die Begehung derselben eine besonders feierliche werden soll.

**Konstantinopel, 29. Januar.** Betreffs der in Rußland stattgefundenen ist die Untersuchung eingeleitet worden. (Privatdep. d. Pos. Ztg.)

**Bukarest, 29. Januar.** Die Regierung beabsichtigt die bisher von ihr selbst verwaltete Staatsbahn Bukarest-Giurgewo zu verpachten und hat bereits den betreffenden Gesetzentwurf der Kammer vorgelegt. — Nach dem Vorgange der Deputirtenkammer hat auch der Senat eine Beileidsadresse an die Wittve und den Sohn des Kaisers Napoleon votirt.

**Montenegro, 29. Januar.** Bei der jüngst geborenen Prinzessin war der Konsul Jonin Vertreter des Taufpaten Kaiser Alexanders. (Privatdep. d. Pos. Ztg.)

**Newyork, 29. Januar.** Die Feindseligkeiten der Indianer im Oregongebiete nehmen einen immer größeren Umfang an. Die Familien der Ansiedler flüchten sich in die Forts, da sie Ueberfälle der Indianer befürchten. Es sind neue Truppen zur Hilfe abgesandt. — Das hiesige National-Theater ist abgebrannt.

## Brief- und Zeitungsberichte.

**Darmstadt, 24. Januar.** Auf dem hiesigen Hauptzollamt ist vor einigen Tagen ein Thronseffel Napoleons zur Ablage gekommen. Derselbe wurde vor der Deposition Napoleons von demselben bei einem schon lange Jahre in Paris ansässigen Darmstädter, der daselbst eine Fabrik seiner Kunstmöbel besaß, bestellt. Während der Ausführung des Auftrages wurde Napoleon entthront, konnte daher keinen Gebrauch von dem Seffel machen. Die Verfertiger, welche drei Jahre an dem Thronseffel gearbeitet haben, beabsichtigen nunmehr denselben an den deutschen Höfen zu präsentieren, und womöglich daselbst zu verkaufen. Der Seffel hat einen Werth von 10,000 Frsk., ist äußerst geschmackvoll hergestellt, schwer verpackt und mit Seidendamast überzogen, in welchem Beilchen, die Kabinetsblumen der Napoleoniden, eingewoben sind. Von besonderer Schönheit ist der Sitz des Seffels, in dem die Beilchen zu einem Kranz arrangirt sind. (Fr. Z.)

## Lokales und Provinzielles.

Posen, 30. Januar.

— Die Stadtverordnetenversammlung schloß sich in ihrer gestrigen Sitzung einer Petition des Magistrats an das Abgeordnetenhaus an, deren Schlußantrag folgendermaßen lautet: „Deßhalb bitten wir ein hohes Haus der Abgeordneten, entweder den Gesetzentwurf

über die Eisenbahn-Anleihe von 120 Millionen Thaler n dahin zu amendiren, daß aus dieser Anleihe in erster Reihe eine Staatseisenbahn von Posen über Breschen und Strzalkowo bis zur Landesgrenze bei Slupce und eine Staatseisenbahn von Posen über Schneidemühl nach Kolberg gebaut werde, oder den genannten Gesetzentwurf ganz abzulehnen mit der Aufforderung an die l. Staatsregierung, daß sie einen anderen Gesetzentwurf einbringe zur Aufnahme einer Anleihe behufs Erbauung einer Staatseisenbahn Posen-Breschen-Strzalkowo bis zur Landesgrenze bei Slupce und einer Staatseisenbahn Posen-Schneidemühl-Kolberg“. Dieselbe Petition wird nicht eingehender Begründung auch dem Staatsministerium überfandt werden.

— Bekanntlich hat die Kommune Posen während der Jahre 1870—72 von den in unserer Stadt wohnenden Beamten c. 5000—6000 Thlr. zu viel an städtischer Einkommensteuer erhoben, indem die Beamten nicht von der Hälfte ihres Diensteinkommens zur Einkommensteuer herangezogen, sondern vielmehr von dem vollen Diensteinkommen veranlagt wurden, von der für dasselbe entfallenden Einkommensteuer aber nur die Hälfte zu zahlen hatten. Nachdem nun mehrere Beamten gegen die Kommune geklagt, und in allen Instanzen abgeklagt hatten, beschloß die gestrige Stadtverordnetenversammlung, auf Antrag des Magistrats, allen Beamten ohne Ausnahme, auch denen, die nicht geklagt hatten, die zu viel erhobene Einkommensteuer zurückzahlen zu lassen. — Das Gehalt des neu zu wählenden besoldeten Stadtraths wurde in der gestrigen Stadtverordnetenversammlung auf 1500 Thlr. festgesetzt.

## Staats- und Volkswirtschaft.

**Berlin.** Die Thatsache, daß viele deutsche Eisenbahn-Gesellschaften nicht mit dem nöthigen Wagon-Material ausgerüstet sind, um den an sie herantretenden Anforderungen, namentlich in Bezug auf den Güterverkehr genügen zu können, hat eine Anzahl Firmen veranlaßt, in Berlin eine Wagon-Leih-Anstalt ins Leben zu rufen. Das Vorbild dazu ist in der vor einiger Zeit zu Wien und Pest gegründeten Leihgesellschaft gegeben. Die Finanzierung des neuen Unternehmens der Vereins-Bank Dulsdorf und Co. übertragen worden.

**Preussische Bank.** Der „B.-G.“ hört, daß im Reichskanzleramt aufs Neue die Umwandlung der Preussischen Bank in eine Deutsche Reichsbank vorbereitet wird. Es scheint, daß Nachrichten darüber ins Publikum gelangt sind, daß der Gesetzentwurf unglückliche Bestimmungen für die Bankaktien enthalten soll; denn darauf scheinen die Kurserückgänge dieser Aktien in den letzten Tagen zurückzuführen zu sein. Als Autor des Entwurfs wird Geheimrath Regierungsrath Michaelis bezeichnet, doch bleibt zweifelhaft, ob sein Entwurf in dieser Form durchgeht. Es würde nach demselben das Kapital der Preussischen Bank durch Ausgabe junger Bankanteile zu 130 Prozent verdoppelt werden; das Alts sollte dem Reservefonds zufließen und die Emission der Reichsbanknoten, für welche der volle Betrag in Baardeckung vorhanden sein muß, fortan kontingentirt werden.

**Die Ausgaben der Reichspostverwaltung** für das Jahr 1874 sind im Ordinarium auf 26,287,439 Thlr., im Extraordinarium 479,426 Thlr., auf zusammen 26,666,865 Thlr. veranschlagt, dagegen die Einnahmen auf 31,199,000 Thlr. Es ergibt sich daraus ein Ueberschuß von 4,532,135 Thlr. Derselbe betrug im Vorjahre 2,957,320 Thlr., mithin für 1874 mehr 1,574,815 Thlr. Die Portoeinnahmen sind im Ganzen veranschlagt auf 26,600,000 Thlr., gegen den Aufschuß des vorigen Etats von 23,600,000 Thlr., also um 3,000,000 Thlr. höher.

**London, 29. Januar.** Der morgen zur Veröffentlichung gelangende londoner Bankausweis zeigt der „Times“ zufolge einen so fortschreitend günstigen Stand der Bankverhältnisse, daß unter den gewöhnlichen Verhältnissen eine weitere Herabsetzung des Bankdiskonts die nothwendige Folge sein müßte; die „Times“ meint indeß, daß unter den jetzigen Verhältnissen das Publikum jedenfalls die Beibehaltung des dermaligen Zinsfußes vorziehen würde.

**New-York, 29. Januar.** Die neue amerikanische Anleihe soll, sobald die betreffenden Vorverhandlungen beendet sind, gleichzeitig und vollständig sowohl an den Börsenplätzen Amerikas, wie an denselben Europas auf den Markt gebracht werden.

Verantwortlicher Redakteur Dr. Jar. Wafner in Posen.

## Neueste Depeschen.

**Paris, 30. Januar.** Der Prozeß des Prinzen Napoleon wider Esfranc wurde heute verhandelt. Esfranc übernahm volle Verantwortlichkeit für die Ausweisung des Prinzen; die Untergebene außer Verantwortlichkeit setzend. Der Generalprokurator war derselben Ansicht. Die Angelegenheit wurde auf vierzehn Tage ausgesetzt. — Der Handelsminister schlug die Bildung einer internationalen Kommission vor, zusammengesetzt aus Delegirten der Vertragsmächte von 1860, um künftige kommerzielle Unterhandlungen zu erleichtern. — Remusat und Lord Lyons unterzeichneten „Havas“ zufolge heute Protokoll über die Tarifregelung des Handelsvertrages. Das Protokoll wird, nachdem es der Nationalversammlung unterbreitet worden, von Thiers ratifizirt werden.

## Telegraphische Börsenberichte.

**Wien, 29. Januar, Nachmittags 1 Uhr.** Getreidemarkt. Weizen fester, hiesiger loco 8, 17½, fremder loco 8, 16, pr. März 8, 14, pr. Mai 8, 11½, pr. Juli 8, 10½. Roggen festig, loco 5, 15, pr. März 5, 10, pr. Mai 5, 14½, pr. Juli 5, 16½. Rüböl loco, loco und pr. Mai 12½, pr. Oktober 12½.

**Breslau, 29. Januar, Nachmittags.** Getreidemarkt. Spiritus pr. 100 Liter 160 pSt. pr. Januar 17½, pr. April-Mai 18½. Weizen pr. Januar 85. Roggen pr. Januar 67½, pr. April-Mai 67, pr. Mai-Juni 67½. Rüböl pr. Januar 22½, pr. April-Mai 23, pr. September-Oktober 24½. Rind umsatzlos. — Weizen: Erbsen.

**Bremen, 29. Januar.** Petroleum fest, Standard white loco 18 Mark 70 Pf. bezahlt.

**Hamburg, 29. Januar, Nachmittags.** Getreidemarkt. Weizen loco fest, auf Termine ruhig. Roggen loco und auf Termine ruhig. Weizen pr. Januar 126-pfd. pr. 1000 Kilo netto 255 B., 253 G., pr. Januar-Fe-



